

Drucksache:
0142/2019/IV

Datum:
06.09.2019

Federführung:
Dezernat V, Eigenbetrieb Städtische Beteiligungen

Beteiligung:

Betreff:

**Eigenbetrieb Städtische Beteiligungen
Aufsichtsratsgremien für städtische Unternehmen**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 28. November 2019

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	25.09.2019	N	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	17.10.2019	N	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	21.11.2019	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Gemeinderat nehmen die in der Vorlage dargestellten Informationen zum Antrag der Grüne-Fraktion zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• keine	
Einnahmen:	
• keine	
Finanzierung:	
• keine	
Folgekosten:	
• keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Grüne-Fraktion bittet in Ihrem Antrag vom 11.07.2019 darum, dass Vorschläge erarbeitet werden, wie die Besetzung und Ausgestaltung eines Aufsichtsrates in städtischen Unternehmen, insbesondere Zoo Heidelberg, Heidelberger Dienste, Technologiepark Heidelberg und das Theater Heidelberg aussehen könnte.

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.09.2019

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.09.2019

11.1 Eigenbetrieb Städtische Beteiligungen Aufsichtsratsgremien für städtische Unternehmen Informationsvorlage 0142/2019/IV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner teilt mit, es habe eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegeben, warum der Tagesordnungspunkt nicht öffentlich behandelt werde, beziehungsweise die Bitte, diesen öffentlich zu behandeln. Da es bei diesem Thema teilweise auch um unternehmenspolitische Inhalte gehe, erfolge die Behandlung im nicht öffentlichen Teil.

Weiter weist er auf den als Tischvorlage verteilten **Sachantrag** der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (Anlage 01 zur Drucksache 0142/2019/IV) hin, welcher von Stadtrat Grädler gestellt und begründet wird:

Der Oberbürgermeister richtet bis zum Jahresende Aufsichtsgremien mit politischer Beteiligung und Beteiligung von weiteren Stakeholdern analog zu bestehenden Gremien für die städtischen Unternehmen ein:

- Zoo Heidelberg
- Heidelberger Dienste
- Technologiepark Heidelberg
- Theater Heidelberg

Hierbei sollen die Unternehmen in Zukunft vom Beteiligungsmanagement der Stadt Heidelberg unterstützt werden. Die Aufsichtsgremien sollen ab dem 1. Quartal 2020 tagen.

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Eckert, Stadtrat Grädler, Stadtrat Dr. Gradel, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadtrat Cofie-Nunoo

Folgende Hauptargumente werden vorgetragen:

- Es sei Aufgabe des Gemeinderates sich um die finanziellen Belange der Stadt zu kümmern, dies betreffe auch die städtischen Unternehmen.
- Über den Haupt- und Finanzausschuss sei eine angemessene und ausreichende Beschäftigung (und gegebenenfalls Erteilung einer Weisung) aufgrund der Themenfülle und Dimension nicht gewährleistet. Auch wenn neue Gremien mehr Arbeit bedeuten würden, sei es wert, diesen Weg zu gehen.
- Beim Zoo Heidelberg werde es in Zukunft ein Beteiligungsgremium geben. Dies hätte man in die Vorlage hineinschreiben können.
- Man verstehe die „Angst“ vor solchen Aufsichtsratsgremien nicht. Jedes Unternehmen könne froh sein, wenn dessen Arbeit mit großer Aufmerksamkeit begleitet werde. Außerdem könnten die Kontakte / Verbindungen genutzt werden, um das Unternehmen nach vorne zu bringen.
- Vielleicht könnte man die Überlegungen zu weiteren Aufsichtsgremien im Rahmen der Besprechungen zu den Änderungen bei den Gemeinderats-Ausschüssen mitnehmen und mitdiskutieren.

- Es habe bisher keine Probleme mit diesen Unternehmen gegeben und im Haupt- und Finanzausschuss würde alles Wichtige vorgelegt (Quartalsberichte, Jahresabschlüsse et cetera). Bei Bedarf könne auch eine entsprechende Weisung erteilt werden. Es werde daher keine Notwendigkeit für die Einführung weiterer (Kontroll-)Gremien gesehen.

Bürgermeister Dr. Gerner führt zum Theater aus, der Wirtschaftsplan und das Programm würden im Ausschuss für Bildung und Kultur und im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt und diskutiert. Er frage sich daher, was ein zusätzliches Gremium genau „überwachen“ solle. Bezüglich der Finanzen gebe es einen Budgetvertrag, welcher aktuell bis 2024 laufe. Bezüglich der inhaltlichen Ausrichtung erläutere er, im Intendantenvertrag sei (wie in jedem anderen Stadt-Theater in Deutschland) geregelt, dass der Intendant für die Inhalte verantwortlich sei.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner bittet, dieses sensible Thema jeweils im Einzelfall zu betrachten. Am Beispiel Theater betont er, man habe vor gerade mal einem Jahr die Strukturen ausführlich diskutiert und entschieden. Hier nun eine Änderung zu beschließen halte er für kein gutes Signal.

Aufgrund dieser Ausführungen teilt Stadtrat Grädler mit, der Antrag könne dahingehend modifiziert werden, dass das Theater herausgenommen werde. Der Rest des Antrages werde jedoch aufrechterhalten.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner lässt daraufhin über folgenden **modifizierten Antrag** abstimmen:

Der Oberbürgermeister richtet bis zum Jahresende Aufsichtsgremien mit politischer Beteiligung und Beteiligung von weiteren Stakeholdern analog zu bestehenden Gremien für die städtischen Unternehmen ein:

- Zoo Heidelberg
- Heidelberger Dienste
- Technologiepark Heidelberg

Hierbei sollen die Unternehmen in Zukunft vom Teilnehmungsmanagement der Stadt Heidelberg unterstützt werden. Die Aufsichtsgremien sollen ab dem 1. Quartal 2020 tagen.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen

Nach dieser Abstimmung nehmen die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses die Informationsvorlage ohne weiteren Aussprachebedarf zur Kenntnis.

gezeichnet

Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 17.10.2019

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 17.10.2019

7.1 **Eigenbetrieb Städtische Beteiligungen** **Aufsichtsratsgremien für städtische Unternehmen** Informationsvorlage 0142/2019/IV

Stadtrat Grädler wünscht sich die Beratung des Tagesordnungspunktes in der nächsten öffentlichen Sitzung, da er Gesprächsbedarf sehe und stellt daher den **Antrag** auf

Vertagung des Tagesordnungspunktes in öffentliche Sitzung.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner lässt über den **Vertagungsantrag abstimmen**.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: vertagt

Sitzung des Gemeinderates vom 21.11.2019

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 21.11.2019:

43.1 **Eigenbetrieb Städtische Beteiligungen** **Aufsichtsratsgremien für städtische Unternehmen** Informationsvorlage 0142/2019/IV

Als Tischvorlage wird ein **Antrag** der Fraktion Bündnis90/Die Grünen verteilt (vergleiche Anlage 02 zur Drucksache 0142/2019/IV).

Der Oberbürgermeister richtet bis zum 2. Quartal 2020 Aufsichtsgremien mit politischer Beteiligung und Beteiligung von weiteren Stakeholdern analog zu bestehenden Gremien für die städtischen Unternehmen ein:

- Zoo Heidelberg
- Heidelberger Dienste
- Technologiepark Heidelberg

Hierbei sollen die Unternehmen in Zukunft vom Beteiligungsmanagement der Stadt Heidelberg unterstützt werden. Die Aufsichtsgremien sollen ab dem 2. Quartal 2020 tagen. Bis Jahresende 2019 sollen dem Gemeinderat Vorschläge über die „Struktur und Besetzung“ der Gremien vorgelegt werden.

Stadtrat Grädler begründet den Antrag seiner Fraktion.

Im Meinungsaustausch wird einerseits die Meinung vertreten, dass die notwendige Kontrolle gegenüber den städtischen Unternehmen gewährleistet sein müsse. Und eine angemessene und ausreichende Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss bei der Vielzahl der Tagesordnungspunkte oftmals nicht möglich sei. Der Antrag ermögliche eine ganz andere Zugriffsmöglichkeit auf die Gesellschaften und trage zur Transparenz bei.

Andererseits wird dagegegenghalten, dass die Schaffung von Aufsichtsratsgremien einen erheblichen – und auch finanziellen – Mehraufwand bedeute. Im Rahmen der Beteiligungsberichte und Quartalsberichte bestünden genügend Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen. Auch könnten Gesellschafter selbst in den Haupt- und Finanzausschuss eingeladen werden, um Rede und Antwort zu stehen. Mit dem Antrag entstehe der Eindruck, man möchte Posten mit Mitgliedern aus den Reihen der Grünen-Fraktion besetzen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner stellt nach ausführlicher Diskussion den **Antrag** der Bündnis90/Die Grünen Fraktion zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 21 : 21 Stimmen abgelehnt

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen

Begründung:

Die Stadt Heidelberg verfügt aktuell über 13 Gesellschaftsbeteiligungen, an denen ein unmittelbarer Beteiligungsanteil von über 50% gehalten wird. Darüber hinaus bestehen an weiteren rund 40 Unternehmen/Eigenbetriebe und Zweckverbände geringfügigere direkte oder mittelbare Beteiligungen.

Von den genannten 13 Gesellschaften verfügen drei Gesellschaften über einen oder mehrere Beiräte (Heidelberger Frühling gGmbH, Digital-Agentur Heidelberg GmbH, Heidelberger Kultur- und Kongressgesellschaft mbH) und fünf Gesellschaften über einen Aufsichtsrat (Stadtwerke Heidelberg GmbH, Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH, Internationale Bauausstellung Heidelberg GmbH, Konversionsgesellschaft Heidelberg mbH, Heidelberg Marketing GmbH).

Hinzu kommen Aufsichtsräte bei den Gesellschaften Stadtwerke Netze, Heidelberger Straßen- und Bergbahngesellschaft sowie Rhein-Neckar-Verkehr GmbH sowie eine Verbandsversammlung beim Abwasserzweckverband Heidelberg mit politischer Beteiligung.

Der Eigenbetrieb Theater verfügt mit Gründung über einen Betriebsausschuss. Dieser hat nach Eigenbetriebsrecht eine vergleichbare Rolle wie die eines Aufsichtsrates bei einer Gesellschaft. Als Betriebsausschuss wurde der Haupt- und Finanzausschuss bestimmt.

Die verbleibenden vier Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligungen, die Technologieförderung Heidelberg GmbH, die Tiergarten Heidelberg gGmbH, die Technologiepark Heidelberg GmbH und die Heidelberger Dienste gGmbH haben aktuell weder einen Beirat als auch einen Aufsichtsrat.

Wichtige Entscheidungen, die in den jeweiligen Gesellschaftsverträgen der Gesellschaften sowie in der Hauptsatzung der Stadt Heidelberg oder gesetzlich definiert sind, werden über die Gesellschafterversammlung getroffen.

In diesem Falle werden die Themen, ob mit oder ohne Aufsichtsrat/Beirat in der Regel vor den entsprechenden Gesellschafterversammlungen in den politischen Gremien behandelt.

Neben den wiederkehrenden Themen wie Jahresabschluss, Wirtschaftsplan und Quartalsberichte sind dies sämtliche bedeutende strukturellen Themen, wie die Neueinstellung bzw. Verlängerung von Geschäftsführerverträgen, Übernahme und Ausweitung von Gesellschaftsaufgaben etc.

Aufgrund der detaillierten und umfassenden Festlegung von Themen in der Hauptsatzung der Stadt sowie in den Gesellschaftsverträgen der Gesellschaften findet eine hohe Steuerungsdichte -auch im überörtlichen Vergleich mit vergleichbaren Städten Baden-Württembergs- auf Gremienebene in Heidelberg statt.

Somit findet eine umfassende politische Gestaltungsmöglichkeit und ein umfassender Einbezug der kommunalen Gremien und somit der Entscheidungsträger statt.

Darüber hinaus besteht das grundsätzliche Weisungsrecht des Gesellschafters hinsichtlich der Gesellschaften bzw. deren Geschäftsführer welche über die politischen Gremien ausgeübt werden können.

Die Errichtung eines Aufsichtsrats bzw. Beirats der nichtöffentlich tagt, führt unseres Erachtens nicht zu einer Erhöhung der Transparenz für die Bürger.

Es ist zu beachten, dass die nach dem Antrag zur Disposition stehenden Gesellschaften aufgrund ihrer geringen Größe über eine geringe oder keine (Technologieförderung Heidelberg) eigene personelle Ausstattung im Verwaltungsbereich verfügen.

Somit würden die zusätzlichen zeitlichen Aufwendungen aus der Führung eines weiteren Gremiums zu personellen Aufstockungen führen, welches aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktlage schwer zu bewerkstelligen wäre. Gleiches gilt für das Beteiligungsmanagement der Stadt. Mehrkosten wären auch hier zu erwarten.

Die bereits aktuell erhebliche Anzahl von Aufsichtsrats- und Beiratsgremien hat in der Vergangenheit bereits dazu geführt, dass Gremien nicht oder nur gerade so beschlussfähig waren. Mit einer weiteren Erhöhung der Gremienanzahl und somit höheren Sitzungsdichte für die kommunalen Vertreter wäre zu befürchten, dass diese Situation sich häufen würde, was zu Zeitverzögerungen für Gesellschaften führen könnte.

Die betroffenen Gesellschaften wurden um eine Stellungnahme gebeten. Die Antworten wurden vorstehend zusammengefasst.

Dem schließt sich die Verwaltung an und sieht -aufgrund der vorgenannten Gründen- es als nicht zielführend an, weitere Aufsichtsrats- oder Beiratsgremien zu gründen.

gezeichnet
in Vertretung
Jürgen Odszuck

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Sachantrag der Grünen-Fraktion vom 25.09.2019 (Tischvorlage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.09.2019)
02	Sachantrag der Grünen-Fraktion vom 19.11.2019 (Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates vom 21.11.2019)